

A15 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Immer da, wenn es drauf ankommt: Soziales, Gesundheit und Pflege)

Gremium: LaVo

Beschlussdatum: 07.12.2020

Text

1 Denken wir an unsere Zukunft, wünschen wir uns vor allem Gesundheit und
2 Sicherheit. Gesund zu bleiben, selbstbestimmt, aktiv bis ins hohe Alter, einen
3 Platz zu haben, nützlich zu sein. Nicht immer gehen diese Wünsche in Erfüllung.
4 Dann ist es wichtig, zu wissen, dass wir nicht allein sind. Dass sich jemand
5 kümmert und für uns gesorgt ist. Das ist der Zusammenhalt, aus dem unser
6 soziales Netz gewebt ist. Unsere sozialen Sicherungssysteme leisten viel. Wir
7 wollen, dass sich alle Menschen auf diese Sicherheit verlassen können, heute und
8 in Zukunft. Diese Sicherungssysteme müssen aber in den nächsten Jahren auch ein
9 paar Herausforderungen bewältigen. Die Thüringer*innen werden erfreulicherweise
10 älter, damit steigt aber auch der Bedarf an Fürsorge und sozialer Sicherung. Und
11 Thüringen verändert sich. Einige Städte wachsen, während andere Regionen
12 Einwohner*innen verlieren. Egal ob Erfurt oder Wiehe, ob Bad Salzungen oder
13 Altenburg, Menschen sollen die erforderlichen Hilfen dort erhalten, wo sie
14 leben. Sozialpolitik ist für uns BÜNDNISGRÜNE mehr als die Absicherung für den
15 Notfall. Sie ist das Versprechen, die Zukunft unseres Landes zu gestalten und
16 dafür zu sorgen, dass es dabei gerecht zugeht. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

17 **Sozialpolitik** ist für uns ein Querschnittsthema, bei dem alle Lebensphasen der
18 Menschen in den Blick genommen werden. Gute Sozialpolitik unterbreitet im Sinne
19 der Sozialplanung für diese Lebensphasen vorausschauend Angebote, abgestimmt
20 gemeinsam mit den Bürger*innen, mit den Kommunen und mit den Trägern
21 gesellschaftlichen Lebens, den Sozialverbänden, Interessensgruppen und der
22 Wirtschaft. Angebote zur Hilfe und Unterstützung müssen aus der
23 Zivilgesellschaft heraus wachsen. Umso wichtiger ist es für uns, dass
24 Sozialpolitik endlich sozialraumorientiert wird. Die Menschen vor Ort in den
25 Quartieren wissen meist am besten, wie und wo zu helfen ist. Soziale
26 Sicherungssysteme greifen meist erst, wenn ein Mensch am Boden liegt. Wir wollen
27 den Menschen die Hand geben, damit sie gar nicht erst fallen. Aufsuchende Hilfen
28 mit Fachkompetenz aus dem Quartier kann Menschen bei kleinen Problemen helfen,
29 bevor diese zu unüberwindbaren Hindernissen werden. Wenn die Oma von nebenan dem
30 Sohn bei den Hausaufgaben hilft, anstatt allein vor dem Fernseher zu sitzen,
31 steigen seine Bildungschancen und ihre Lebensqualität. Sozialraumorientierte
32 Politik hilft den Menschen, wieder näher zusammenzurücken und gleichzeitig
33 andere Hilfesysteme zu entlasten. Zur Unterstützung wollen wir einen
34 Landesozialbericht als Planungsinstrument erstellen. Projekte zur Verbesserung
35 der sozialen Sicherheit, die sich bewährt haben, sollen eine sichere finanzielle
36 Basis und damit Planungssicherheit erhalten. Die Beschäftigten in diesen
37 sozialen Bereichen wollen wir angemessen entlohnen und Supervision für sie zum
38 Standard erheben.

39 Sozialer Zusammenhalt

40 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen mit unserer Politik **das soziale Zusammenleben stärken**,
41 indem wir Orte der Begegnung und des Austauschs, zum Beispiel Begegnungsstätten,
42 Stadtteilbüros und Bürger*innenzentren, fördern. Die Kommunen wissen am besten,
43 was vor Ort gebraucht wird. Die kommunalen Projekte zur Gemeinwesenarbeit werden
44 wir unterstützen. Gerade in den ländlichen Räumen bieten diese Anker für
45 soziales und gemeinschaftliches Engagement sowie für das Miteinander von Jung
46 und Alt. Sie sind Ausgangspunkte verschiedenster sozialer Angebote. Viele dieser
47 Projekte und Angebote gedeihen durch ehrenamtliches Engagement und sind ohne die
48 vielen Freiwilligen undenkbar. Das Ehrenamt werden wir weiter stärken. Dazu
49 werden wir Unterstützungsprogramme schaffen und die behördlichen Strukturen des
50 ehrenamtlichen Engagements vereinfachen. Beispielsweise könnten Menschen mit
51 geringem Einkommen mit Fahrtkostenzuschüssen oder Aufwandsentschädigungen besser
52 entlastet werden.

53 Gesundheitspolitik

54 Gesundheit ist ein hohes Gut, bei dem die Bedürfnisse der Menschen im
55 Mittelpunkt stehen. Alle sollen sich darauf verlassen können, dass es im Notfall
56 egal ist, ob sie auf dem Dorf oder in der Stadt leben, ob sie gesetzlich oder
57 privat versichert sind, ob sie jung oder alt sind. Mit **Fürsorge und Vorsorge**
58 Krankheiten zu vermeiden ist besser, als sie zu behandeln. Die rot-rot-grüne
59 Landesregierung hatte es sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Strukturen für eine
60 stabile und qualitativ hochwertige Versorgung in Thüringen zu stärken. Die
61 Krankenhausförderung wurde entsprechend des Krankenhausplans fortgeführt und
62 angepasst. Wir haben eine Facharztquote in Krankenhäusern eingeführt und sind
63 erste Schritte hin zu einer sektorenübergreifenden Versorgung, also einer
64 stärkeren Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung, gegangen. Wir
65 brauchen in Thüringen auch aufgrund des demografischen Wandels einen
66 Strukturwandel in der Krankenhausförderung. Diese muss unter Beachtung der
67 flächendeckenden Krankenhausversorgung, der Regionalstruktur, des
68 Versorgungsauftrags eine bedarfsgerechte Finanzierung der Thüringer
69 Krankenhäuser gewährleisten. Um auch die Strukturen für eine gute Pflege für die
70 Zukunft zu sichern, haben wir begonnen, den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren
71 und fortzuschreiben. Diese eingeschlagenen Wege werden wir weitergehen.

72 Patient*innen wollen im Notfall vor allem sicher sein, dass sie die bestmögliche
73 Behandlung erhalten – und nicht erst die Frage klären müssen, ob sie mit ihrem
74 Problem zum ambulanten Arzt oder besser ins Krankenhaus müssen. Wir wollen zudem
75 diese harten Grenzen zwischen den Strukturen weiter auflösen, die für die
76 Patient*innen ohnehin nur schwer zu durchschauen sind. Deshalb wollen wir die
77 neu eingeführten Portalpraxen weiterentwickeln und ausbauen. Ambulante und
78 stationäre Versorgung müssen flächendeckend gesichert sein. Dafür werden wir den
79 **Auf- und Ausbau moderner Gesundheitsversorgungszentren**, also vieler
80 verschiedener medizinischer und therapeutischer Angebote unter einem Dach, vor
81 allem auf dem Land, weiter fördern. Alternativen wie Medizinische
82 Versorgungszentren, sektorenübergreifende Modelle oder genossenschaftlich
83 organisierte Arztpraxen gibt es bisher in Thüringen kaum. Diese Modelle sind
84 aber bei der Entwicklung übergreifender Strukturen im Hinblick auf die
85 Bevölkerungsentwicklung in allen Thüringer Regionen von immenser Bedeutung und
86 wir müssen dafür weitere und bessere Rahmenbedingungen schaffen. Die konkrete
87 Planung des Ärztebedarfs soll sich zukünftig stärker am konkreten Bedarf vor Ort
88 orientieren, Kommunen wollen wir dabei bessere Mitsprachemöglichkeiten
89 einräumen. Die Stiftung zur Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung ist

90 für Thüringen ein wichtiger Baustein, den wir weiter unterstützen werden. Auch
91 bei der Krankenhausplanung wollen wir stärker die unterschiedlichen
92 Gegebenheiten und die demografische Entwicklung in verschiedenen Regionen des
93 Landes berücksichtigen. Wir werden gezielt Forschungsprojekte zur Verbesserung
94 der Krankenhaushygiene und gegen multiresistente Keime auf den Weg bringen. Wir
95 machen uns für den Forschungsstandort Thüringen stark und wollen eine
96 qualitätsgesicherte Forschung fördern, die eine den individuellen Bedürfnissen
97 angepasste Arzneimittelanwendung zum Ziel hat. Die Interessen der Patient*innen
98 und die wirtschaftliche Versorgung sollen im Mittelpunkt stehen. In Thüringen
99 werden wir auch für die Reha-Kliniken eine strukturierte Bedarfsplanung
100 einführen, um wohnortnahe und der demografischen Entwicklung angepasste Angebote
101 zu erhalten bzw. zu entwickeln und so die Entwicklung wichtiger
102 gesundheitspolitischer Versorgungsstrukturen nicht dem Zufall zu überlassen. Die
103 Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, sowohl im ambulanten als
104 auch im stationären Bereich, werden wir ausbauen.

105 Vorbeugen ist besser als Versorgen und Heilen. Deshalb werden wir
106 **Präventionsangebote** und die Gesundheitsförderung, die unter anderem durch die
107 Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. (AGETHUR) umgesetzt
108 wird, stärken sowie bestehende Angebote bewerten und weiterentwickeln. Die
109 AGETHUR selbst werden wir nach den aktuellen Bedarfen der Thüringer
110 Gesundheitslandschaft umgestalten. Der Zugang zu Hygieneartikeln und
111 Verhütungsmitteln ist für ein Leben in Würde und Gesundheit elementar und muss
112 allen Menschen möglich sein. Nach dem Vorbild anderer Bundesländer machen wir
113 uns deshalb dafür stark, dass in allen Thüringer Kommunen Menschen mit geringem
114 Einkommen der kostenfreie und unkomplizierte Zugang zu Hygieneartikeln und
115 Verhütungsmitteln ermöglicht wird. Außerdem wollen wir uns über eine
116 Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass auf diese Produkte endlich der
117 verminderte Mehrwertsteuersatz gilt.

118 Ein wichtiger Teil von Prävention ist **gesunde Ernährung, von Anfang an**. In
119 Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, von der Kita-Versorgung über die
120 Mensen des Studierendenwerks bis zu den Kantinen für die
121 Senior*innenverpflegung, soll gesundes Essen nach etablierten Qualitätsstandards
122 angeboten werden. Produkte aus regionaler, ökologischer Erzeugung sind dabei ein
123 elementarer Baustein. Für die Kleinen wollen wir ein dauerhaftes Förderprogramm
124 für gute Lebensmittelversorgung an den Schulen etablieren. Die Komponenten des
125 EU- Schulprogramms, Gemüse/Obst und Milch, werden wir in einer
126 Ressortzuständigkeit zusammenführen und uns dafür stark machen, dass gezielt
127 regionale, möglichst Bioprodukte gefördert werden. Wir werden ein
128 Kompetenzzentrum Gemeinschaftsernährung ins Leben rufen, gemeinsam mit den
129 Gesundheitspartner*innen Informationskampagnen zur gesunden Ernährung anregen
130 und ein Förderprogramm für öffentliche Trinkbrunnen und Küchen vor Ort für Kitas
131 und Schulen auflegen. Wir sprechen uns zudem für ein Verbot von an Kinder und
132 Jugendliche gerichteter Lockwerbung für ungesunde Lebensmittel aus.

133 werdende Mütter wünschen sich eine persönliche Begleitung durch die
134 Schwangerschaft, bei der Geburt und am Wochenbett bei sich zu Hause. Die Arbeit
135 von **Hebammen und Entbindungspflegern** ist dafür essenziell, wir werden sie weiter
136 stärken. Wir wollen den „Runden Tisch Familie und Geburt“, der erstmalig in
137 Thüringen eingerichtet und mit finanziellen Mitteln ausgestattet wurde,
138 fortsetzen und die Landesgelder für die Förderung einer bedarfsgerechten
139 Versorgung mit Hebammen verstetigen. Das schließt die gezielte und

140 institutionelle Förderung von Geburtshäusern ein. Dafür werden wir eine
141 spezielle Richtlinie entwickeln. In den Fokus werden wir außerdem die
142 Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in den Kliniken nehmen.
143 Diese müssen sich nachhaltig verbessern. Wir werden dafür sorgen, dass in
144 Thüringen das Thema „gewaltfreie Geburtshilfe“ und Wahlfreiheit des Geburtsortes
145 einen höheren Stellenwert gewinnt. Wir setzen uns für einen regelmäßigen und
146 öffentlich zugänglichen Thüringer Frauengesundheitsbericht ein. Weiterhin sorgen
147 wir für die Umsetzung der beschlossenen Akademisierung des Hebammenberufes, um
148 nicht nur dem fachlichen, sondern auch dem gesellschaftlichen Status,
149 entsprechend der Verantwortung der Hebammen, gerecht zu werden. Der
150 nachträgliche Titelerwerb (Bachelor) für die Bestandshebammen soll unterstützt
151 werden, um keine Zwei-Klassen-Hebammen-Versorgung und -Entlohnung
152 herbeizuführen.

153 Digitalisierung eröffnet in der Medizin große Chancen – angefangen bei der
154 smarten Uhr, die Blutdruck und Herzschlag überwacht, über die schnelle
155 Übertragung von Röntgenaufnahmen oder Sprechstunden via Videoanruf bis hin zu
156 unterstützenden Robotern im Operationssaal. Vieles ist möglich, manches bereits
157 Realität. Wir wollen diese Möglichkeiten nutzen, dabei aber den Mehrwert für die
158 Patient*innen genau im Blick haben. Denn nicht alles, was möglich ist, muss
159 gemacht werden. Zusammen mit der Ärzt*innenschaft, den ärztlichen Vereinigungen,
160 Krankenhäusern und Krankenkassen wollen wir eine **Landesstrategie Medizin 4.0**
161 entwickeln.

162 Wir müssen dafür sorgen, dass die Versorgung mit Medikamenten durch **Apotheken**
163 auch in kleinen Orten oder auf dem Land ebenso gesichert ist wie die
164 medizinische Versorgung. Das geht mit sektorenübergreifenden Konzepten und neuen
165 Formen von ambulanter und stationärer Versorgung, die wir auf- und ausbauen
166 werden. Besonders für strukturschwache Regionen muss eine Bedarfsplanung
167 stattfinden, um Versorgungsalternativen für den gesundheitlichen und
168 medizinischen Bedarf der Menschen zu entwickeln.

169 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen eine Drogenpolitik, die über Risiken aufklärt, den
170 Jugendschutz stärkt und wirksame Maßnahmen bietet, die Schäden durch
171 Drogenkonsum zu reduzieren. Aus unserer Sicht ist Drogenabhängigkeit meist nicht
172 das Problem selbst, sondern ein Symptom tiefergehender Probleme des Individuums.
173 Aus der Position heraus sind wir der Meinung, dass Verbote generell nicht
174 zielführend sind, und setzen uns stattdessen für Suchtprävention und
175 umfangreiche Hilfs- und Therapieangebote ein. Wir setzen auf Prävention und
176 Hilfe. Dafür braucht es flächendeckende Möglichkeiten, die über Risiken des
177 Konsums aufklären, den Kinder- und Jugendschutz zuverlässig stärken und
178 Drogenkonsument*innen nicht unter Generalverdacht stellen. Fürsorge und
179 Prävention müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Wir stehen für einen
180 umfassenden Jugend- und Verbraucher*innenschutz und werden Kriminalisierung und
181 Repression nicht zulassen. Die bestehenden Präventions-, Beratungs- und
182 Hilfsprogramme in der Sucht- und Drogenprävention werden wir evaluieren und
183 anpassen. Wir werden Modellprojekte für das sogenannte Drug-Checking ermöglichen
184 und die zielgruppenspezifischen und niederschweligen Angebote in der **Drogen-**
185 **und Suchthilfe** stärken. Gefährdungen wollen wir durch risikominimierende
186 Maßnahmen, wie Spritzentauschprogramme und Substanzanalysen, entgegentreten. Wir
187 setzen uns insbesondere für die Legalisierung von Cannabis und einen
188 kontrollierten staatlichen Verkauf unter Beachtung des Kinder- und
189 Jugendschutzgesetzes ein, um die Qualität sicherzustellen. Dahingehend wollen

190 wir auch entsprechende Bildungsangebote zu den Risiken des Konsums ans Schulen
191 schaffen, ähnlich zu denen für Alkohol und Tabak. Zudem soll intensiver auf die
192 Gefahren von Tabak, Alkohol und Glücksspiel hingewiesen werden. Werbung für
193 Suchtmittel lehnen wir ab. Zur besseren Therapiemöglichkeit unter anderem bei
194 Abhängigkeit von Crystal Meth werden wir Forschungsprojekte initiieren.
195 Gemeinsam mit den Kommunen werden wir einen Masterplan Sucht- und
196 Drogenprävention in Thüringen entwickeln und besonders Gesetzeslücken schließen
197 und Schnittstellen in der Therapie in Zusammenarbeit mit den Kommunen
198 verbessern.

199 Die **inklusive Gesellschaft**, in der alle Menschen frei und selbstbestimmt leben
200 und teilhaben, ist unser Leitbild. Jeder Mensch soll sagen können: Ich gehöre
201 dazu! Der Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention,
202 welcher unter breiter Mitwirkung der Betroffenen entwickelt wurde, ist eine gute
203 Basis. An der Realisierung dieser Maßnahmen und der Umsetzung des
204 Bundesteilhabegesetzes werden wir weiter arbeiten. Wir streiten für ein
205 modernes, zukunftsweisendes Inklusionsgesetz. **Barrierefreiheit** muss ein Gebot
206 für politisches und Verwaltungshandeln in allen Bereichen werden. Dafür wollen
207 wir für einen besseren Zugang zu Gebärdensprache und anderen
208 Kommunikationsformen sorgen und als Land möglichst barrierefreie Informationen
209 im Netz bereitstellen. Gezielte Programme wie das „Budget für Arbeit zur
210 Unterstützung von Menschen mit Behinderung bei der Integration in den ersten
211 Arbeitsmarkt“ sind ein erprobter Ansatz, um zukünftig auch weitere Unternehmen
212 von einer inklusiven Personalpolitik zu überzeugen. Die Förderung der
213 Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung im Arbeitsleben unterstützen wir.
214 Wir wollen gezielt Programme und Dienste für ältere Menschen mit Behinderungen
215 entwickeln, um auf künftige demografische Veränderungen besser reagieren zu
216 können. Für Eltern von Kindern mit Behinderungen wollen wir die Beratungs- und
217 Unterstützungsangebote ausbauen.

218 Selbstbestimmt bis ins hohe Alter

219 **Aktiv, gesund und selbstbestimmt bis ins hohe Alter** – so stellen sich die
220 meisten Menschen ihren Lebensabend vor. Und für viele stimmt das. Die Generation
221 der heute 75-Jährigen ist fitter, gesünder und hat eine höhere Lebenserwartung
222 als noch vor 20 Jahren. Alter ist vielfältiger und bunter geworden. Der Opa, der
223 die Nachmittagsbetreuung mit seinen Patchwork-Enkel*innen auf dem Spielplatz
224 übernimmt, die ehemalige Verkäuferin, die nochmal einen Sprachkurs an der
225 Volkshochschule belegt, das Ehepaar, das mit dem Wohnmobil in Europa unterwegs
226 ist. Für viele von ihnen liegt im Ruhestand ein neuer Anfang. Wir BÜNDNISGRÜNE
227 werden gutes Leben im Alter zu einem Leitprinzip für alle politischen
228 Aufgabengebiete erheben. Der Landesseniorenrat ist dabei für uns ein wichtiger
229 Ansprechpartner, den wir aktiv an der Entwicklung der Politik beteiligen wollen.

230 Die ehrenamtliche Arbeit der Seniorenbeiräte in den Kommunen unterstützen wir,
231 weil diese einen wertvollen Beitrag für ein gutes Miteinander der Generationen
232 und Kulturen in unserer Gesellschaft leisten. Wir brauchen viele
233 Mitwirkungsmöglichkeiten, um unsere Demokratie zu stärken.

234 Mobilität ist ein wichtiger Bestandteil von Selbstbestimmung im Alter, gerade
235 wenn das Laufen schwierig wird oder es mit dem Autofahren nicht mehr so gut
236 klappt. Der Bus, der nur alle paar Stunden fährt und nicht für den E-Scooter
237 ausgelegt ist, Barrieren für Rollator und Rollstuhl, hohe Bordsteine, zu hohe
238 Fahrpreise – all das kann Mobilität schnell einschränken. Wir wollen Barrieren

239 im öffentlichen Raum konsequent abbauen und mit den Kommunen zusammenarbeiten,
240 um unsere Städte und Gemeinden fit fürs Alter zu machen. Im öffentlichen
241 Nahverkehr müssen die guten Angebote des Verkehrsverbunds Mittelthüringen (VMT)
242 für diese Generation bekannter gemacht werden. Der Ticketkauf muss unkompliziert
243 möglich sein und das öffentliche Nahverkehrsangebot thüringenweit verbessert
244 werden.

245 Aber Barrieren gibt es nicht nur auf der Straße. Bei eingeschränkter Mobilität
246 ist auch die eigene Wohnung sehr schnell voller Barrieren. Der Bedarf an
247 altersgerechten Wohnungen ist riesig. **Altersgerechtes, barrierefreies Wohnen**
248 soll deshalb stärker ins Zentrum des öffentlich geförderten Wohnungsbaus rücken,
249 altersgerechtes Umbauen wollen wir stärker unterstützen. Mit zunehmendem Alter
250 leben Menschen häufiger allein und sozialer Kontakt und Austausch stellen sich
251 nicht mehr von alleine her. Wir wollen Angebote vorantreiben, die
252 nachbarschaftliches Miteinander statt fortschreitender sozialer Isolation
253 fördern. Sozialräumliches Quartiersmanagement wollen wir auch im ländlichen Raum
254 etablieren und dafür das Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der
255 Generationen“ weiterentwickeln.

256 Nicht alle Menschen können ihren Lebensabend bis zum Schluss aktiv und
257 selbständig gestalten, sie sind schließlich doch auf Pflege angewiesen. Um die
258 Strukturen für eine **gute Pflege** für die Zukunft zu sichern, haben wir begonnen,
259 den Thüringer Pflegepakt zu evaluieren und fortzuschreiben, den wir auch für
260 eine bessere Personalgewinnung stärken wollen. Aber den größten Anteil der
261 Pflege- und Sorgearbeit leisten Angehörige. Sie brauchen mehr Unterstützung und
262 Entlastung. Flächendeckende, unbürokratische Beratungsangebote und
263 Pflegestützpunkte im Land wollen wir ausbauen und fördern. In der stationären
264 Pflege versorgen zu wenige Pflegepersonen zu viele Pflegebedürftige. Dabei
265 bedeutet professionelle Pflege nicht nur Versorgung, sondern auch persönliche
266 Zuwendung, sozialen Kontakt, persönliche Worte. Wir werden die vom Bund
267 verabschiedeten Gesetze zur Verbesserung der Pflege konsequent umsetzen. Wir
268 setzen uns zudem für die Einführung eines verbindlichen Personalschlüssels in
269 der Alten- und Krankenpflege ein und wollen endlich einen Branchentarifvertrag
270 für die Pflege auf den Weg bringen. Für eine bessere Personalgewinnung stärken
271 wir den Pflegepakt Thüringen und nutzen dieses Gremium besser als bisher.

272 Die Einführung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes wollen wir auf Landesebene
273 kompetent begleiten. Auch in Thüringen sprechen sich viele Pflegefachkräfte für
274 die Gründung einer Pflegekammer aus. Diese Einrichtung lebt vom Engagement und
275 von der Akzeptanz ihrer Mitglieder. Deshalb sollen auch die Pflegefachkräfte in
276 Thüringen demokratisch entscheiden, ob diese Kammer eingerichtet und wie sie
277 genau ausgestaltet werden soll. Wir werden diese Entscheidung der Pflegekräfte
278 respektieren und bei Bedarf die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einrichtung
279 einer Pflegekammer schaffen.

280 Schon heute übersteigen die Kosten für Pflege und Unterbringung in einem
281 Pflegeheim die Leistungen der Pflegekasse um ein Vielfaches. Für darüber
282 hinausgehende Kosten müssen die Pflegebedürftigen oder deren Angehörige selbst
283 aufkommen. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann die Einführung eines Thüringer
284 Pflegewohngeldes sein. Pflegewohngeld ist ein bewohnerorientierter Zuschuss zur
285 Finanzierung von betriebsnotwendigen Aufwendungen in den Pflegeeinrichtungen und
286 die Zahlung eines solchen Zuschusses als freiwillige Leistung stünde Thüringen
287 gut zu Gesicht.